

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:363147-2020:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Bad Nauheim: Dienstleistungen von Architektur-,
Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
2020/S 148-363147**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen, Niederlassung Mitte Zentrale Vergabe

Postanschrift: Dieselstraße 1-7

Ort: Bad Nauheim

NUTS-Code: DE7 HESSEN

Postleitzahl: 61231

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Fachbereich Vergabe Freiberuflicher Leistungen

E-Mail: Info.Vergabe@lbih.hessen.de

Fax: +49 6032 / 8862-111

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://vergabe.hessen.de>

I.2) Informationen zur gemeinsamen Beschaffung

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://vergabe.hessen.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-1727f8b0919-24bdc86b42340081

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://vergabe.hessen.de>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

BM:19.7406 FbT VgV_Gebäude_Badhaus-Stallbau-Langebau

Referenznummer der Bekanntmachung: VG-0433-2020-1051

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

BM.-Nr.: A.0433.197406

Ziel dieses Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb ist die die Vergabe der Objektplanungsleistung gemäß § 34 ff HOAI (2013).

Zu vergeben sind drei Planungseinheiten für die Leistungsphasen 2 bis 9 sowie besondere Leistungen mit Einstufung in die Honorarzone IV

Die Beauftragung der einzelnen Leistungsphasen erfolgt stufenweise vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Zustimmung des Landes Hessen und sofern kein wichtiger Grund der Beauftragung entgegensteht.

Zunächst ist die Beauftragung der Leistungsphasen 2 bis 3 vorgesehen.

Die Bearbeitung der drei Planungseinheiten werden in aufeinanderfolgenden Abschnitten durchgeführt

Geplanter Baubeginn Instandsetzung: II. Quartal 2023

Geplante Fertigstellung: I. Quartal 2028.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 1 503 600.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE719 Main-Kinzig-Kreis

Hauptort der Ausführung:

Hanau, Kreisfreie Stadt

Staatspark Hanau-Wilhelmsbad

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die Bade- und Parkanlage Staatspark Wilhelmsbad wurde im Wesentlichen in den Jahren 1777 bis 1785 auf Geheiß des Erbprinzen und regierenden Grafen von Hanau, Wilhelm IX./I. von Hessen-Kassel an der Stelle einer seit 1709 bekannten Heilquelle errichtet. 1815 versiegte die Quelle. Heilwasser wurde zum Trinken und für Bäder aus Bad Nauheim herangeholt, was sich bald als unwirtschaftlich erwies. 1857 wurde der Kurbetrieb eingestellt. Wilhelmsbad mit seinen spätbarocken Gebäuden ist heutzutage ein Bau- und Gartenkunstwerk und steht seit 1974 unter Denkmalschutz.

Badhaus Nutzungsvorstellung:

Das Badhaus steht bereits seit über 15 Jahren leer. Aufgrund seines schlechten baulichen Zustands und der veralteten technischen Infrastruktur ist eine Nutzung derzeit nicht möglich. Durch die bis dahin verpachtete Gastronomie (Große Parkwirtschaft) waren viele Eingriffe in die historische Bausubstanz nötig. Teilweise sind diese nach dem Auszug rudimentär zurückgebaut worden. Beides hat dem Gebäude sehr geschadet. Die Decken sind ohne Bodenbelag und die Sanitärobjekte wurden demontiert. Der schlechte Allgemeinzustand ist und wird im Laufe der Zeit immer weiter und schneller voranschreiten.

Als gastronomischer Betrieb für den Staatspark Wilhelmsbad wurde aktuell die Kleine Parkwirtschaft mit einem modernen Anbau in erweiterter Form wiederaufgebaut, so dass diese künftig mehr Gäste bewirten kann.

Das neue Nutzungskonzept für das Badhaus reagiert auf diese Konzeption und sieht daher keine größere gastronomische Verpachtung im Sinne des ursprünglichen Konzeptes mehr vor. Eine kleinere Cafélösung

zum Museum, die eventuell auch im Bereich des Comoedienhauses, oder im Langen Bau sein kann, wird im Konzept dennoch mit untersucht.

Historisch gesehen wird damit die barocke Nutzung der Gebäude wieder aufgenommen, bei der die Kleine Parkwirtschaft ohne den Zusatz "Kleine" wieder die Wirtschaft für Wilhelmsbad ist. Im Badhaus waren wie der Name vermuten lässt in der Barockzeit Bade- und Kurmöglichkeiten für die Gäste des Heilbades verortet. Mit einer musealen Nutzung dieses Gebäudes und einem Ausstellungskonzept zur Garten- und Badekultur der Zeit, wird dem Besucher und der Öffentlichkeit ein Denkmal zurückgegeben und eine angemessene Vermittlung des Ortes geboten. Damit vervollständigt sich das Gesamtangebot im Staatspark Hanau-Wilhelmsbad für die Besucher.

Badhaus:

Instandsetzung des Badhauses (ehem. Große Parkwirtschaft)

Geplant ist die komplette Grundinstandsetzung des Pavillons Nr. 2 „Badhaus“. Die Maßnahme beginnt mit der statischen Reparatur der tragenden Konstruktion, wie z. B. dem stark verformten Treppenhausbereich und dem Dachwerk des Gebäudes. Hierzu sind zunächst noch Freilegungen und Sondagen in Decken und Wänden notwendig, die später wieder geschlossen werden. Die Strom-, Heizungs- und Wasserinstallation muss grunderneuert werden. Weiterführend ist es erforderlich, dass die inneren Bereiche des Badhauses nach denkmalpflegerischen Gesichtspunkten wiederhergestellt bzw. restauriert werden. Dazu gehören alle Holz-, Wand- und Deckenflächen sowie die Böden. Eine restauratorische Voruntersuchung der Räume liegt vor. Im Zuge der Maßnahme wird der Brandschutz untersucht und neu abgestimmt, denn das neue Konzept sieht eine vorwiegend museale Nutzung vor. Abschließend gehören die Fassade und die Dachdeckung zu der geplanten Maßnahme, wobei es sinnvoll ist, letztere bereits nach den statischen Reparaturen auszuführen. Ein Abbruch des „modernen“ Anbaus (damals für Heizung, WC und Gastro) ist aus denkmalpflegerischer Sicht zwingend nötig, um den historischen Baukörper wieder freizustellen. Die technische Machbarkeit soll im weiteren Planungsverfahren (ES-Bau) geprüft werden.

Stallbau und Langerbau

Die fast baugleichen, eingeschossigen Nebengebäude „Stallbau“ und „Langer Bau“ sind in Fachwerkbauweise mit abgewalmtem Satteldach erstellt. Das Dachgeschoss ist teilweise ausgebaut. Die Nutzung der beiden Gebäude wurde im Laufe der Zeit mehrfach geändert (Stall, Wache, Baden, Wohnen, u. a.).

Beide Gebäude befinden sich in schlechtem Allgemeinzustand.

Die vorgesehenen Instandsetzungsmaßnahmen umfassen neben der statischen Ertüchtigung und konstruktiven Ergänzungen die Erneuerung von Strom-, Heizungs- und Sanitärinstallation, einschließlich der Überprüfung der Neuanlage von Ver- und Entsorgungsleitungen, sowie die Sanierung von Fassade und Dach.

Flächen:

Badhaus = 1 025 m² BGF ohne Dachgeschoss= 815 m² BGF / NRF 751 m² / KGF 274 m² / BRI 3 167 m³

Stallbau 951 m² BGF / NRF 851 m² / KGF 100 m² / BRI 3 773 m³

Langebau 828 m² BGF / NRF 728 m² / KGF 100 m² / BRI 3 421 m³.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Vorstellung des Projektleiters/-stellvertretenden und Projektteams, deren Verfügbarkeit und fachliche Leistungsfähigkeit anhand persönlicher Referenzen / Gewichtung: 30,00

Qualitätskriterium - Name: Projektbezogene Personalstruktur/Projektorganisation / Gewichtung: 20,00

Qualitätskriterium - Name: Qualitätssicherung beim konkreten Projekt / Gewichtung: 30,00

Kostenkriterium - Name: Grundleistungen incl. Nebenkosten und Bes. Leistungen / Gewichtung: 12,00

Kostenkriterium - Name: Stundensätze / Gewichtung: 8,00

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 1 503 600.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 01/12/2020

Ende: 31/03/2028

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Anzahl der Bewerber: 3

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1. Ausschluss von zu spät eingegangenen Bewerbungen
2. Ausschluss formal unzureichender Bewerbungen
3. Prüfung und Einhaltung von Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien

Die Auswahl der Bewerber erfolgt anhand wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit:

Siehe Punkt III.1.1), III.1.2); III.1.3), sowie ergänzend in den anfordernden Bewerbungsunterlagen.

Gewichtung gemäß Wertungsmatrix:

- Gemittelter Umsatz für entsprechende Leistungen der letzten 3 Geschäftsjahren (netto) 12,5 %;
 - Gemittelte Anzahl mit vergleichbaren Leistungen betraute festangestellten Architekten / Ingenieure (Dipl.-Ing./Master/Bachelor) in den letzten 3 Geschäftsjahren: 12,5 %;
 - Referenzen: gemäß den unter III.1.3) benannten Auswahlkriterien (Referenzen 1, 2 und 3 mit jeweils 25 %): 75 %;
- Bei gleichermaßen geeigneten Bewerbern entscheidet das Los.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Beauftragung erfolgt stufenweise.

Mit Abschluss des Vertrages werden nach § 34 HOAI die Leistungsphasen 2-3 beauftragt.

Die Leistungsphasen 4 bis 9 sowie besondere Leistungen sollen optional stufenweise beauftragt werden, vorbehaltlich des Vorliegens der Haushaltsmittel

Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht.

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Folgende Bewerbungsunterlagen sind in der unter VI.3 genannten Form einzureichen:

1. Verbindliche Erklärung im Formular Bewerbungsbogen, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 GWB und § 124 Abs. 1 und Abs. 2 GWB vorliegen und dass der Bewerber seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist,
 2. Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 19. Dezember 2014, GVBl. S.354,
 3. Erklärung zum Nichtvorliegen einer Vergabesperre nach § 18 Abs. 3 HVTG (in der aktuell gültigen Fassung),
 4. Sofern die Gesellschaftsform dies erfordert: Angabe der Befähigung zur Berufsausübung gemäß § 44 VgV und Eintragung in ein Berufs- und Handelsregister;
- Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Folgende Bewerbungsunterlagen sind in der unter VI.3 genannten Form einzureichen:

1. Verbindliche Erklärung zur Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 (3) VgV,
 2. Verbindliche Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz für die entsprechenden Leistungen in den letzten 3 Jahren gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 Nr. 4 VgV,
- Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 1) Mindestdeckung der Berufshaftpflichtversicherung bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut für Personenschäden 3 000 000,00 EUR, für sonstige Schäden 3 000 000,00 EUR im Versicherungsjahr. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Im Falle einer bestehenden Versicherung mit geringerer Versicherungssumme zusätzlich: Eigenerklärung, dass die Summen im Auftragsfall mindestens bis zu den geforderten Summen angehoben werden.

Zu 2) Mindestanforderung an den Umsatz für entsprechende Leistungen im Bereich der Leistungen der Objektplanung Gebäude gemäß § 34 HOAI (2013): mind. 300 000,00 EUR (netto)/Jahr.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit sind die folgenden Bewerbungsunterlagen in der unter VI.3 genannten Form vorzulegen:

1. Erklärung aus der das jährliche Mittel der vom Bewerber beschäftigten Mitarbeiter, die Anzahl der Führungskräfte sowie die Anzahl an mit der Ausschreibung entsprechenden Leistungen betrauten

festangestellten Architekten/ Dipl.-Ingenieuren, Master- und Bachelorabsolventen in den letzten 3 Geschäftsjahren ersichtlich ist gem. § 46 Abs. 3 VgV,

2. Angabe und Nachweis der beruflichen Befähigung und Qualifikation der Führungskräfte, der vorgesehenen Projektleitung durch die Berechtigung die Berufsbezeichnung Dipl.-Ing. / Master / Bachelor führen zu dürfen gem. § 46 Abs. 3 (8) VgV,

3) Darstellung von 3 Referenzen (1-3) nach § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV für in den letzten 10 Jahren (Beauftragung der Leistung ab 1.1.2010) erbrachte vergleichbare Leistungen mit Kurzbeschreibung der Referenz und folgenden Angaben

Nachfolgende Angaben sind im Formblatt (HE 735) einzutragen

- Art der Maßnahme;
- Art der Nutzung;
- Art des Auftraggebers (privater AG / öffentlicher AG);
- Projektgröße, durch Angabe der Baukosten (Kostengruppe 200-600);
- Angabe der BGF bzw. Nutzfläche NUF 1-7;
- Projektzeit (Beginn und Ende);
- Leistungsumfang des Bewerbers (Angabe der beauftragen und erbrachten Leistungsphasen nach HOAI);
- Benennung des Auftraggebers (Bezeichnung, Anschrift, Kontaktdaten) mit Referenzperson des Auftraggebers

Das Projektdatenblatt ist jeweils vollständig auszufüllen. Geforderte Anlagen sind beizulegen.

Jede Referenz muss in Form von aussagekräftigen Bildern und Beschreibungen belegt werden. Hierbei ist die Darstellung je Referenzprojekt auf max. 2 DIN-A4-Blätter zu beschränken. Unterlagen, die unaufgefordert eingereicht werden, gehen nicht in die Wertung ein (z. B. Projektbroschüren).

Referenzen, die als verantwortliche/r Projektleiter/in in einem früheren Arbeitsverhältnis erbracht wurden, werden gewertet, falls eine entsprechende schriftliche Bestätigung des Auftraggebers oder des ehemaligen Arbeitgebers vorliegt

Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Die Nichteinhaltung führt zum Ausschluss vom Verfahren.

— zu 1) Mindestanforderung an die Gesamtzahl der beschäftigten Mitarbeiter: Mindestens 8 Beschäftigte;

— zu 2) Anzahl der festangestellten Architekten / Ingenieure für entsprechende Leistungen im Bereich der Objektplanung Gebäude gemäß § 34 HOAI (2013) der letzten 3 Jahre: mindestens 5 Architekten und Ingenieure;

— zu 3) Es gehen bis zu 3 vergleichbare Referenzprojekte in die Wertung ein. Die folgenden Mindestanforderungen werden an alle Referenzen gestellt. Die Nichteinhaltung führt zum Ausschluss der jeweiligen Referenz:

— Alle Referenzen dürfen nicht älter als 10 Jahre (Beauftragung der Leistung ab 1.1.2010) sein.

— Alle Referenzen müssen ein Umbau / Sanierung eines denkmalgeschützten Gebäudes darstellen.

Folgende Mindestanforderungen müssen durch die Gesamtheit der wertbaren Referenzen 1-3 erfüllt sein. Es handelt sich hierbei um K.O.-Kriterien, die Nichteinhaltung führt zum Ausschluss der Bewerbung am weiteren Verfahren:

— Mindestens eine Referenz: Umbau / Sanierung einer musealen Nutzung;

— Mindestens eine Referenz: Umbau / Sanierung einer vergl. Nutzung (Wohnnutzung);

— Mindestens eine Referenz muss nach öffentlichen Vergabevorschriften bzw. für einen öffentlichen Auftraggeber gem. § 99 GWB durchgeführt worden sein.

— Mindestens 2 Referenzen fertiggestellt (Leistungsphasen 2 bis 8 HOAI § 34 müssen beauftragt und abgeschlossen sein);

Die Bewertung der Referenzen erfolgt bei Erfüllung der Mindestanforderungen anhand der Wertungskriterien gem. der Wertungsmatrix „743_Eignungskriterien mit Bewertungsmatrix (Stufe 1)_200728“.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Der Zulassungsbereich umfasst sämtliche EWR-Mitgliedstaaten sowie Staaten der Vertragsparteien des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen GPA. Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen erfüllen. Bei natürlichen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn sie gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates berechtigt sind, am Tage der Bekanntmachung die Berufsbezeichnung Ingenieur zu führen.

Ist in dem Heimatstaat des Bewerbers die Berufszeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachliche Anforderung als Architekt/Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstige Befähigungsnachweise verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG – Berufsanerkennungsrichtlinie – gewährleistet ist und den Vorgaben des Rates vom 07. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikation (ABI. EU Nr. L 255 S.22) entspricht.

Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person die fachlichen Anforderungen erfüllt, die an die natürliche Person gestellt werden.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Bewerbergemeinschaften (z. B. Arbeitsgemeinschaften) natürlicher und juristischer Personen sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, wenn jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft teilnahmeberechtigt ist.

Mit der Bewerbung ist eine Erklärung über die Rechtsform, den bevollmächtigten Vertreter sowie über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder vorzulegen.

Bietergemeinschaften müssen sämtliche geforderten Nachweise für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft vorlegen.

Die Leistungsabgrenzung innerhalb der Bietergemeinschaft ist darzustellen.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 31/08/2020

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote)

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Zur Abgabe der notwendigen Eigenerklärungen sind zwingend die vorgegebenen Vordrucke zu verwenden.

Die ausgefüllten Unterlagen sind wie folgt einzureichen:

1. Die Teilnahmeanträge sind frist- und formgerecht ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform des Landes Hessen (<http://vergabe.hessen.de>) zu übermitteln. Es genügt die Textform nach § 126b BGB mit Angabe des Namens der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt.
- 2) Eingereichte Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber und werden nur auf Anforderung zurückgegeben.
- 3) Im Falle von Bewerbergemeinschaften, Eignungsleihen durch andere Unternehmen (gem. § 47 VgV) und Unterauftragnehmern (gem. § 36 VgV) sind die Formblätter „Bewerbungsbogen“ inkl. der geforderten Anlagen und Nachweise von jedem Unternehmen einzeln einzureichen (HE 734).
4. Im Falle von Bewerbergemeinschaften ist mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung der Bewerbergemeinschaft einzureichen (HE 740).
5. Im Falle von Unternehmen nach § 47 VgV (Eignungsleihe) und/oder im Falle von Unternehmen nach § 36 VgV (Unterauftragnehmer) ist mit dem Teilnahmeantrag Art und Umfang der Teilleistungen zu benennen, für welche sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird (HE 741). Weiterhin ist eine Verpflichtungserklärung der anderen Unternehmen nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen (HE 742).
6. Der Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) als Zentrale Vergabestelle im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung, ist bei europaweiten Ausschreibungen seit 18. April 2017 zur elektronischen Kommunikation verpflichtet. Dies bedeutet insbesondere, dass Angebote in offenen Verfahren, nicht offenen Verfahren oder in Verhandlungsverfahren nur noch elektronisch in Textform über die Vergabeplattform des Landes Hessen eingereicht werden können. Eine Angebotsabgabe per E-Mail entspricht diesen Anforderungen nicht!

Angebote, die nicht elektronisch in Textform über die elektronische Vergabeplattform des Landes Hessen abgegeben werden, müssen vom Verfahren ausgeschlossen und dürfen bei der Vergabe nicht berücksichtigt werden. Interessenten, die an Verfahren im Bereich oberhalb der EU-Schwellenwerte teilnehmen wollen, registrieren sich bitte auf der Vergabeplattform Hessen. Dort können Sie sich die Vergabeunterlagen zur Ansicht in Ihren persönlichen Bereich herunterladen. Zur Angebotsabgabe müssen Sie die Vergabeunterlagen im Bietercockpit öffnen, dort bearbeiten und so das erstellte Angebot über das Bietercockpit digital abgeben.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt
Postanschrift: Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

Telefon: +49 6151-12-0

Fax: +49 6151-12-6347

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Auf die Rügepflichten gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 GWB wird ausdrücklich hingewiesen, insbesondere auf die Frist des § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB: Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

29/07/2020